

5. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 6. Dezember 1955

387/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. P i t t e r m a n n, S t r a s s e r, M a r i a n n e P o l l a k, S i n g e r,
A p p e l und Genossen,
an den Bundeskanzler und die Bundesminister für Finanzen und Handel
und Wiederaufbau,
betreffend Aufnahme eines Darlehens bei der UdSSR.

-.--.-.-.-

Den gefertigten Abgeordneten sind Meldungen darüber zugekommen, daß ÖVP-Funktionäre der niederösterreichischen Landesregierung, vor allem Landeshauptmannstellvertreter Ing. Kargl, mit der UdSSR Verhandlungen über die Aufnahme eines langfristigen Darlehens durchgeführt haben. Dieses Darlehen soll einer Gesellschaft zufließen, die von ÖVP-Funktionären aus Niederösterreich gegründet wurde und die sich die Ausbeutung der Erdöl- und Erdgas-Vorkommen zu Geschäftszwecken gemacht hat. Außerdem soll der Handelsminister dieser Gesellschaft namens "Niogas" die jeden anderen Bewerber ausschließenden Schurfrechte in Niederösterreich und Burgenland auf Erdöl und Erdgas verliehen haben.

Die gefertigten Abgeordneten messen diesem Bericht eine für die künftige politische und wirtschaftliche Entwicklung Österreichs maßgebende Bedeutung zu.

Sie richten daher an den Herrn Bundeskanzler und die Herren Bundesminister für Finanzen und Handel und Wiederaufbau die nachstehenden

A n f r a g e n:

- 1.) Ist tatsächlich vom Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau der ausschließlich mit öffentlichem Kapital gegründeten Gesellschaft "Niogas" das alleinige Schurfrecht auf Erdöl und Erdgas in jenen Gebieten Niederösterreichs und des Burgenlandes eingeräumt worden, welche nach geologischen Gutachten als fündig in Betracht kommen?
- 2.) Ist es richtig, daß Funktionäre der niederösterreichischen Landesregierung mit russischen Stellen über die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von 800 Millionen Schilling mit einer Laufzeit von 20 Jahren und einer Verzinsung von 3 % verhandelt haben?
- 3.) Ist es richtig, daß der Herr Bundesminister für Finanzen um die Übernahme der Bundeshaftung und der verfassungsrechtlichen Genehmigung dieses Darlehens ersucht wurde, und ist es
- 4.) ferner richtig, daß die österreichische Bundesregierung um eine Stellungnahme zu dieser Angelegenheit gebeten wurde?
- 5.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, namens der Bundesregierung dem Nationalrat einen Bericht über diese Angelegenheit zu erstatten, der den Abgeordneten zum Nationalrat Gelegenheit zur Stellungnahme gibt?

-.--.-.-.-